

Auch hier scheinen noch keine klaren Vorstellungen über die Neugestaltung zu herrschen.

Anders dagegen ist es in Heer und Luftwaffe, wo man über das Stadium der ersten Versuche hinauszusein scheint. Wie wenig die Sowjets daran denken, ihre militärische Stärke zu schwächen und sie notfalls wieder im kalten Krieg einzusetzen, geht aus der Tatsache hervor, daß General Gruenthal meinte, und zwar schon zu einer Zeit, da die Sowjets ihre Absicht noch nicht bekanntgegeben hatten, die Sowjetunion hätte die für einen Atomkrieg ideale Stärke, wenn sie ihre Streitkräfte um 63 Divisionen verminderte. (*Bulletin, Juli 1956, Institute for the Study of the USSR, München*).

Russischer Kolonialismus

Eines der Hauptschlagworte der Sowjetunion richtet sich gegen den westlichen Kolonialismus; sie versteht es meisterhaft, damit die erwachenden Völker Asiens und Afrikas gegen den Westen aufzuhetzen. Nun kann man die westlichen Staaten gewiß nicht von allen Vorwürfen, die mit diesem Wort gemeint sind, freisprechen. Aber gibt es nur im Westen Kolonialismus? Es wird vielfach übersehen, daß die Sowjetunion einer der größten und mit stärksten Unterdrückungen arbeitenden modernen Kolonialstaaten ist. Das sei am Beispiel der Zentralasiatischen Länder gezeigt, die keineswegs russisch sind.

Fünf von den 16 Republiken der Sowjetunion liegen zwischen dem Kaspischen Meer und China. Die Bevölkerung dieser Republiken gehört rassisch zur großen Völkergruppe der Türken, religiös zum Islam. Eines dieser Völker sind die Usbeken, die ihren Namen von Osbed, einem Khan der Goldenen Horde im 14. Jahrhundert, herleiten. Erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde das Land vom zaristischen Russland annektiert. 1867 wurde ein Generalgouvernement von Turkestan mit dem Sitz in Taschkent errichtet. Wenige Jahre später mußten auch die Fürstentümer von Buchara und Khiwa als Protektorate die russische Herrschaft anerkennen.

Sofort nach der Oktoberrevolution von 1917 konstituierte sich in Taschkent ein örtlicher Sowjet, der in einer seiner ersten Entschlüsse die Selbständigkeitserklärung des Mohammedanischen Zentralrats ablehnte. In diesem Sowjet saß kein einziger Usbeker, da es unter der einheimischen Bevölkerung keine Kommunisten gab. Am 20. November 1917 hatten die Sowjets in Leningrad den Mohammedanern völlige Freiheit ihres nationalen und religiösen Lebens zugesichert. Wie sie das aber verstanden, sollte die vom Mohammedanischen Zentralrat eingesetzte unabhängige Regierung in Kokand erfahren: im Februar 1918 wurde sie von den Sowjets „liquidiert“. In den folgenden Jahren unterdrückten die Sowjets alle Mohammedaner, trieben sie aus dem Land, was zu einem Partisanenkrieg führte. Erst mit Hilfe der Roten Armee gelang es 1920, die Sowjetherrschaft über die Turkmenen herzustellen. 1920 wurden die Volksrepubliken Khorezm und Buchara vertraglich an die Sowjetunion angegliedert. Im Oktober 1923 und September 1924 wurden beide zu Sozialistischen Republiken erklärt. Aber schon im Oktober 1924 fielen sie der neuen, völlig willkürlichen Grenzziehung in Zentralasien zum Opfer. Sie wurden mit Teilen der Turkestanischen Sowjetrepublik (1921) zu einer neuen Usbekischen Sozialistischen Sowjetrepublik zusammengetan, ohne daß die Bevölkerung befragt wurde. Diese Grenzziehung in Zentralasien hatte nur den einzigen Zweck, den Zusammenschluß der mohammedanischen Völker zu einem einzigen Staat zu verhindern.

Bei ihrem Vorgehen in Zentralasien hatten sich die Sowjets zunächst einiger völkischer, jungmohammedanischer Bewegungen bedient. Als sie jedoch im Besitz der Macht waren, wurden diese als gegenrevolutionär abgetan. Usbekistan er-

lebte das Gleiche, was allen übrigen Sowjetrepubliken widerfuhr: es wurde mit Gewalt der Kollektivierung zugeführt. Jede selbständige Bewegung wurde unterdrückt, die führenden Usbeken fielen der großen Säuberungswelle 1937 zum Opfer. Während des Krieges kämpften seine Söhne an der Front, aber gut über eine halbe Million lief zu den Deutschen über.

Usbekistan ist die bedeutendste der Zentralasiatischen Sowjetrepubliken mit einer Bevölkerung von rund $6\frac{1}{4}$ Millionen (1939), von denen allerdings 12,5% Russen oder Ukrainer waren. Die Fläche der Republik beträgt rund 407500 qkm. (Bundesrepublik 245289 qkm). Rechnet man Kasachstan nicht mit, dann stellt Usbekistan vier Fünftel der industriellen Produktion Zentralasiens, die Hälfte der landwirtschaftlichen Betriebe, zwei Drittel des Eisenbahnwesens und 60% der Bevölkerung. Seine Hauptstadt Taschkent war 1938 mit 567000 Einwohnern die achtgrößte Stadt der UdSSR.

Usbekistan ist das Aushängeschild der Sowjets für die Völker Asiens und des mittleren Orient, denen gezeigt werden soll, welch großartige Erfolge in einem „unterdrückten und unentwickelten“ Volk unter der milden Sonne der Sowjetherrschaft erzielt wurden. Taschkent ist das Schaufenster Sowjetrußlands für die asiatischen Besuche.

Wie steht es in Wirklichkeit?

An der Spitze des Landes steht der Sowjet der Usbekischen Sowjetrepublik. Er tritt zweimal im Jahr für zwei bis drei Tage zusammen, um die Befehle der Parteileitung zu empfangen, die ihrerseits wieder unter dem Zentralkomitee in Moskau steht. Diese Unterordnung der Regierung unter die Partei brachte Chruschtschew bei seinem Besuch in Taschkent im November 1954 klar zum Ausdruck, als er dem Ministerpräsident Yusupow sagte, er müsse sich in acht nehmen, da er durch den Willen der Partei auf einem so hohen Posten stehe.

Theoretisch hat Usbekistan das Recht, sich von der UdSSR zu lösen, da es ein freier und selbständiger Staat ist. Praktisch wäre ein solcher Anspruch Landesverrat, wie Wyschinsky in einer Schrift andeutet: „Wir haben keine einzige Republik, die aus dem Verband der UdSSR auszuscheiden wünscht, da es gegen ihr eigenes Interesse wäre“ (The Laws of the Soviet State, English Edition, New York 1948, S. 285). In der großen Säuberung von 1938 war dies einer der Hauptvorwürfe gegen führende Kommunisten, daß sie versuchten, Usbekistan selbstständig zu machen. Ebenso ist die Behauptung, Usbekistan habe seine eigene Gesetzgebung, völlig theoretischer Natur. Die Verfassung der einzelnen Sowjetrepubliken muß in voller Übereinstimmung mit der Verfassung der UdSSR sein. Ebenso verhält es sich mit der bürgerlichen und Arbeitsgesetzgebung. Usbekistan hat zwar einen eigenen Außenminister und einen Verteidigungsminister, aber das sind nur Titel für örtliche Behörden, die unter den Moskauer Ministerien stehen. Als Usbekistan eine eigene Vertretung in Afghanistan wünschte, da dort $1\frac{1}{2}$ Millionen Usbeken wohnen, wurde dies von Moskau abgelehnt. 1930 wurden zwar im Heer nationale Einheiten aufgestellt, sie wurden jedoch 1938 wieder aufgelöst, da dies nach einem Wort Woroschilows mit den nationalen Interessen der UdSSR nicht in Einklang zu bringen sei. Auch finanziell steht Usbekistan völlig unter Moskau. Es kann keine eigenen Steuern erheben, darf jedoch von den für Moskau bestimmten einen Teil behalten, für 1956 jedoch nur 25% der von den Kolchozen erzielten Abgaben (1955 waren es 40%), von der Umsatzsteuer dagegen nur 13,7%. Die Haupteinnahmequelle der Usbeken ist die Baumwolle, deren Preis jedoch nicht in Taschkent, sondern in Moskau festgesetzt wird, und zwar ganz willkürlich, ohne auf die örtlichen Bedingungen der Usbeken Rücksicht zu nehmen, wie dies 1952 der Fall war, als nur eine persönliche Intervention Stalins dies verhindern konnte.

Die Schlüsselstellungen in der Verwaltung sind meistens von Russen besetzt,

die auch in der Partei eine unverhältnismäßig große Rolle spielen. Auf dem usbekischen Parteikongreß im Januar 1956 waren 58,4% der Delegierten Usbeken, 25,7% dagegen Russen. Der erste Parteisekretär ist zwar ein Usbeke, Mukhidinow, aber ihm ist ein Russe zur Seite gestellt. Drei von den elf Mitgliedern des usbekischen Zentralkomitees sind ebenfalls Russen; ähnlich ist es in den einzelnen Distriktkomitees. Auch in der Regierung steht ein Usbeke an der Spitze, dem aber wiederum ein Russe beigeordnet ist. Völlig den Russen ausgeliefert ist der Staatsicherheitsdienst, ebenso der Posten des Generalstaatsanwalts, der nur dem Moskauer Generalstaatsanwalt verantwortlich ist. Ebenso wird der Posten des obersten Militärbefehlshabers von Turkestan von einem Russen bekleidet. Russen sind auch die Direktoren der verschiedenen Kombinate und der wichtigsten Fabriken. Lediglich die Landwirtschaft scheint von Usbeken verwaltet zu werden. So also sieht es mit der vielgepriesenen Freiheit und Selbständigkeit der einzelnen Republiken in der Sowjetunion aus.

Die belgischen Gewerkschaften

Die ersten Anfänge des heutigen belgischen Gewerkschaftswesens gehen ins ausgehende 19. Jahrhundert zurück. Man unterscheidet gewöhnlich 3 Richtungen: die christliche, die soziale und die liberale, die christliche Gewerkschaft (CSC) zählt 645 192 Mitglieder, der allgemeine Gewerkschaftsbund (F.G.T.B.) 638 491 Mitglieder und schließlich die liberale Gewerkschaft 30—40 000 Arbeiter.

Von katholischer Seite hatte man ursprünglich einen Versuch gemacht, anstatt reine Arbeitergewerkschaften, gemischte Gewerkschaften einzurichten, d. h. Unternehmer und Arbeitnehmer im gleichen Verband zu vereinigen. Der Erfolg blieb gering.

Von 1891 ab setzte sich der Gedanke der reinen Arbeitergewerkschaft durch. Die Gewerkschaftsbewegung aller Richtungen hat es nicht leicht, den belgischen Arbeiter für ihre Idee zu gewinnen. Viele waren und sind interesselos, viele zu eigenbrötlerisch. Auch heute noch scheuen viele die Organisation oder das Opfer der Beiträge. Und wie überall sind es oft die erzielten Erfolge der Arbeiterbewegung selbst, die den gut situierten Arbeiter auf den Gedanken bringen, daß es auch ohne Gewerkschaften gehe.

Trotzdem weist Belgien mit seinen 8,5 Millionen Einwohnern heute etwa 1300000 eingeschriebene Gewerkschaftsmitglieder auf. Merkwürdig erscheint auf den ersten Blick, daß die rund 600 000 Mitglieder der F.G.T.B. sich zu 60% aus Flandern rekrutieren, das als der religiös bessere Teil des Landes gilt, die Wallonen stellen nur 40%. Dieser Umstand erklärt sich zum Teil dadurch, daß sich eben im flämischen Gebiet zwei große Industrie-Zentren befinden, Gent und Antwerpen. Und diese Hauptplätze der Schwerindustrie sind stark rot beherrscht, während die C.S.C. ihre Anhänger erstlinig in den mittleren und kleineren Unternehmen findet. Trotz dieser Sachlage stammen 80% der Christlichen aus Flandern und nur 20% aus Wallonien. Das heißt, daß sich die Gewerkschaftsidee überhaupt mehr bei den Flamen als bei den Wallonen durchgesetzt hat; die Gewerkschafts-Eingliederung widerspricht der Eigenart des individualistischen Wallonen stärker als derjenigen des Flamen.

Was die Ziele der beiden großen Gewerkschaftsrichtungen, der F.G.T.B. und der C.S.C. angeht, so zeigen sich naturgemäß in mancher Hinsicht wesentliche Unterschiede. Wir weisen auf die wichtigsten hin. 1. in Bezug auf die Rolle des Staates. Gegenüber dem Staatssozialismus der F.G.T.B. muß die C.S.C. eine Mittelstellung einnehmen, d. h. einerseits gegen den Liberalismus Front machen und auf der anderen Seite die Staatsallmacht vermeiden. Weder sozialistischer Staat noch